den, mit einem vernehmlichen nein antworten. Und wenn ich jemals dazu kommen sollte, wenn ein Dritter meinen Kindern solche Bilder vorleate, so würde ich wahrscheinlich zu einem Akt der Selbsthilfe schreiten (Beifall), der zwar mit dem Gesetz nicht zu vereinbaren wäre, vor dem ich aber trotzdem nicht zurückschrecken würde. (Lebhafter Beifall.) Bei den Ausführungen des Abg. Roeren ist mir nicht ganz klar geworden, ob er sich gegen die Anwendung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen wandte, oder ob er eine Ergänzung der Gesetzgebung wünschte. Ich meine, daß gerade in dem § 184a des Strafgesetzbuchs für die Fälle Vorsorge getroffen ist, in denen eine sittliche Verwilderung der Kinder stattfindet. Von ganzem Herzen wünsche ich nichts weniger, als daß der Staat von dieser Waffe, die ihm an die Hand gegeben ist, energisch Gebrauch macht. (Lebhafter Beifall.) Redner geht dann zu seiner Resolution über, die ein Tarifvertragsrecht fordert. Die Entwicklung des Tarifgedankens stellt einen ununterbrochenen Siegeszug dar. Die Zahl der unter Tarifverträgen stehenden Arbeiter habe sich in den letzten Jahren weit mehr als verdoppelt. Leider haben die Tarifverträge nicht die genügende gesetzliche Unterlage. Das Statistische Amt hat sogar einen Zustand der mangelnden rechtlichen Sicherheit festgestellt. Die juristische Literatur über diese Frage nimmt fast täglich zu. Die Rechtswissenschaft ist vor eine der ernstesten und schwierigsten Aufgaben gestellt. Der Juristentag hat diese Materie auf die Tagesordnung seiner Versammlung im Herbst gesetzt. Vielleicht wird er auch hier wieder der Bahnbrecher. Nichts aber würde mehr gegen den Tarifvertragsgedanken verstoßen als ein Zwang. Das würde nur Wasser auf die Mühlen der Gegner des Tarifvertrags sein, wenn es solche überhaupt noch gibt; denn die Zeit ist vorbei, wo man der Ansicht war, daß die Aufstellung der Arbeitsbedingungen das unumstößliche Recht des Arbeitgebers sei. Es ist auch falsch, den Tarifvertrag als eine neue Zumutung an das Unternehmertum hinzustellen. Gerade infolge der Tarifverträge werden sich auch Arbeitgeber-Organisationen bilden, die dann den großen Arbeitnehmer-Organisationen gegenüberstehen. Mit rauher Hand soll man aber nicht in die Entwicklung eingreifen. Der Tarifvertrag soll die Selbsthilfe verkörpern. Die Organisationen, die Tarifverträge abschließen, können aber nur dann zur vollen Entfaltung kommen, wenn ihnen nicht der letzte Schlußstein ihrer Entwicklung fehlt: die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Ein Gesetz hierüber muß endlich kommen. Die Garantie für die Einhaltung des Tarifvertrags ist viel besser, wenn beide Kontrahenten Rechtsfähigkeit besitzen. Es soll niemand, der sich einer Koalition anschließt, ihr mit Haut und Haaren verschrieben sein; daher muß eine Kündigungsfrist bestehen. Der § 853 der Gewerbeordnung muß in seiner Anwendung auf Tarifverträge beschränkt werden. Man soll das Koalitionsrecht von Arbeitgebern nicht anders beurteilen, als das von Arbeitern. Das ist ja gerade das, was mein Fraktionsgenosse Heinze gemeint und gesagt hat. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß der Staat dem Tarifvertrage den zivilrechtlichen Schutz versagt. Der Bruch eines Tarifvertrags kann von verhängnisvoller Bedeutung sein; er kann unübersehbare Folgen heraufbeschwören. Ein Spezialgesetz wird sich empfehlen. Die Förderung der Tarifverträge ist ein Ruhmestitel der freien Gewerkschaften. Der Einwand, daß durch die Tarifverträge die Gewerkschaften, und damit die Sozialdemokratie, gefördert werden, ist nicht stichhaltig gegenüber dem Segen der Verträge. Der Sozialdemokratie wird es nicht gelingen, ihre Macht durch das Mittel der Gewerkschaft zu vergrößern. Der Tarifvertrag bewegt sich gerade im Gegensatz zu den theoretischen Ideen einer gewaltsamen Umwälzung auf dem Boden des Staates und der Gesetze, er überträgt den Kampf zwischen den Gesellschaftsschichten auf den Boden der Gesetzmäßigkeit. Wer solche Verträge schließt, der erkennt den Staat und seine Gesetze an. Der deutsche Arbeiter kann sich dieser Einwirkung auf die Dauer nicht entziehen. Es ist eine vornehme Pflicht des Reichstages, dafür zu sorgen, daß die Tarifvertragsfrage bald geregelt werde. (Beifall.) — Staatssekretär Dr. Nieberding: Im Reichsamte des Innern und im Reichsjustizamte ist man sich einig über die große Bedeutung der Tarifverträge in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung. Beide Ressorts sind auch darin einig, daß, wenn eine Regelung dieser Frage erfolgt, diese nicht partikularistisch vorzunehmen ist, sondern auf dem Wege der Reichsgesetzgebung. Wir halten es auch für dringend erwünscht, daß eine solche Regelung bald kommt, angesichts mancherlei Schwierigkeiten durch die jetzige Rechtslage und auch durch die Rechtsprechung. Wir sind auch der Meinung, daß die Tarifverträge nicht unter den § 152 gestellt werden könnten. Am guten Willen fehlt es bei uns nicht. Aber ich glaube, der Vorredner unterschätzt die Schwierigkeiten, die einer angemessenen Regelung der Frage entgegenstehen. Wir werden der Sache weiter unsere volle Aufmerksamkeit zuwenden, und die Ausführungen der Abgg. Gröber und Junck beachten. — Abg. Heine (Soz.): Stadthagen habe in ausgezeichnetem Rufe unter seinen Amtsgenossen gestanden; alle, die ihn kannten, hielten das Urteil für ungerecht. Redner wendet sich weiter gegen eine Beschränkung des Wahrheitsbeweises bei Beleidigungsprozessen; ferner gegen die Willkür, mit der das vorliegende öffentliche Interesse von der Anklagebehörde je nachdem bejaht oder verneint wird, wobei er auf Preßbeleidigungen gegen den Abgeordneten Fischer (als Leiter der „Vorwärts"-Druckerei) exemplifiziert, deren Verfolgung der Staatsanwalt abgelehnt habe, obwohl Fischer Abgeordneter sei. Abgeordnete, vornehmlich sozialdemokratische, seien bei der Staatsanwaltschaft vogelfrei, dagegen gehe diese täglich vor mit öffentlichen Anklagen zum Schutze beleidigter Streikbrecher oder verleumdeter Redakteure, sofern diese den Blockparteien angehören. — Staatssekretär Nieberding erwidert: Solche Einzelfälle gäben dem Vorredner noch kein Recht, die ganze Rechtspflege anzugreifen. Wenn Vorredner durchleuchten ließ, daß es den Staatsanwaltschaften oft an dem guten Willen fehle, so weise er dies als eine unberechtigte Verleumdung zurück. Die Tatsache, daß ein Mitglied eines Parlaments beleidigt sei, könne nicht unter allen Umständen entscheidend für die Entschließung der Staatsanwaltschaft sein. Richtig sei in diesem Falle nur, daß ein bedauerliches Mißverständnis des Staatsanwalts vorliege, aber weiter nichts. (Lachen links.) — Der Titel „Staatssekretär" wird genehmigt. Von den Resolutionen werden zunächst die betreffend Erhöhung der Zeugen- und Sachverständigengebühren und betreffend Selbstbeköstigung und Selbstbeschäftigung von Gefangenen, deren strafbare Handlungen keine ehrlose Gesinnung bekundet hat, angenommen; letztere gegen die Stimmen der Konservativen. Ob über die Resolution der Nationalliberalen betreffend Strafrecht, Strafverfahren und Strafvollzug für Jugendliche sofort abgestimmt werden soll, darüber besteht Meinungsverschiedenheit. Die Frage wird mit 106 gegen 101 Stimmen — es wurde Hammelsprung nötig — verneint. Die Abstimmung erfolgt also erst in dritter Lesung. Angenommen wurden die Resolutionen betr. einheitlichen Strafvollzug für das Reich, betr. Diäten für Schöffen und Geschworene, betr. gleichmäßige Zuziehung aller Stände zum Geschworenen- und Schöffendienste, betr. Arbeitsverträge, betr. Zeugnisverweigerungsrecht der Abgeordneten und betr. Untersuchungshandlungen im Reichstage, betr. Beseitigung der Härten aus der jetzigen Fassung der Geburtsurkunden, betr. Schutz des Rechtsguts der elektrischen Energie und betr. eine Denkschrift über Erfahrungen mit dem überseeischen Strafvollzug; abgelehnt wurden dagegen die Resolutionen betr. Deportation, betr. Zeugnisverweigerungsrecht auch für Gemeindeverordnete und für alle an der Herstellung von Zeitungen beteiligten Personen, sowie betr. Sondergerichte für Bureaugehilfen, Landarbeiter und Gesinde. — Schluß der Sitzung 6½ Uhr. — Morgen 1 Uhr: Wahlprüfungen und kleiner Befähigungsnachweis.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Budgetkommission des Reichstags begann heute die Debatte über Dernburgs Ostafrikarede. Abg. v. Liebert (Reichsp.) erkannte an, daß der Staatssekretär das erste allgemeine koloniale Programm entwickelt habe, während früher nur fortgewurstelt worden sei. Aber Herr Dernburg habe nur einen kleinen Teil des großen Gebietes gesehen und so insbesondere einen schiefen Begriff von der Arbeitsfähigkeit der Neger bekommen. Er sei durch die Gebiete gekommen, in denen unsere Renommierneger wohnten. Was unter 600 Meter Höhe wohne, das seien die Neger gewöhnlichen Schlages, und die seien in der überwiegenden Mehrheit. Sie seien nur schwer zur Arbeit zu bringen. Zehn Millionen Neger produzierten 36 Millionen Werte, während 62 Millionen Deutsche Werte im Betrage von 15 Milliarden schafften. Redner empfahl eine Arbeitsverpflichtung der Neger und eine Erhöhung der Hüttensteuer. Da, wo die Neger nicht arbeiten wollten, müßten sie auf diese Weise zur Arbeit gezwungen werden. Neben diesen Mitteln müßte eine gute Behandlung der Neger einhergehen. v. Liebert faßte seine Ausführungen dahin zusammen, man solle mit etwas weniger Enthusiasmus an die Sache herangehen. Den Wünschen der Pflanzer solle man mehr Entgegenkommen zeigen, als das beim Staatssekretär der Fall sei, besonders in der Arbeiterfrage. Man solle möglichst deutsche Ansiedler bevorzugen und heranziehen, und vor allem sei notwendig eine stärkere Betonung des deutsch-nationalen Standpunktes. Staatssekretär Dernburg erkannte an, daß manches Samenkorn, das v. Liebert als Gouverneur in der Kolonie gelegt hat, gute Früchte getragen habe. Ueber die Qualität der Neger komme er aber mit Herrn v. Liebert nicht auf einen Standpunkt. Daß der Neger nicht produktiver sei, habe seinen Grund in dem schwierigen Absatz. Drei Tage vielleicht müsse der Neger laufen, um eine Last im Werte von einem einzigen Rupin abzusetzen. Die Baumwollenkultur habe sich sehr günstig gestaltet. In der Steuerfrage könne der Staatssekretär nicht so optimistisch sein, wie v. Liebert. Eine Arbeiternot sei zurzeit nicht vorhanden. Große Uebergriffe der Beauftragten der Pflanzer seien häufig vorgekommen und schädigten das Ansehen des Reiches. Die Deutschen müßten zurecht gesetzt werden, damit sie nicht übertriebene Forderungen stellen. Der Staatssekretär betonte wiederholt die Notwendigkeit der Beschaffung von Verkehrswegen. Solange keine besseren Verkehrswege vorhanden seien, könne er den Weißen weder raten, noch empfehlen, sich in Ostafrika anzusiedeln. Im übrigen dürften alle deutschen Elemente auf seine tatkräftige Unterstützung rechnen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Börsenkommission des Reichstages erledigte heute § 51. Nach dem Regierungsentwurf kann der Bundesrat Börsentermingeschäfte in bestimmten Waren oder Wertpapieren verbieten oder die Zulässigkeit von Bedingungen abhängig machen. Statt dessen ward ein Antrag Bitter (Zentr.) angenommen, der diese fakultative Vorschrift obligatorisch macht für den Fall, daß die nach § 48 Absatz 5 erforderliche Zustimmung des Börsenvorstandes zur Zulassung von Aktien einer Gesellschaft nicht erfolgt oder zurückgezogen ist.

Preußischer Landtag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus beendete heute die Beratung des Kultusetats. Regierungsseitig wurde auf bezügliche Anfrage erklärt, daß die Ueberbürdung der Schüler bekämpft werde, daß die Unterrichtsverwaltung den Fortbildungskursen für Lehrer ihr Augenmerk zuwende, daß die Regierung dem Reiche in der Stenographiefrage den Vortritt überlassen müsse, nachdem im Reichstage ein diesbezüglicher Antrag angenommen, daß sie aber aufs ernstlichste bestrebt sei, die Einigung zwecks Herbeiführung eines einheitlichen Systems zu fördern; endlich, daß mit dem theologischen Unterricht an solchen Anstalten, deren Leiter dafür seien, der Versuch damit gemacht werden soll. Der Kultusetat wurde erledigt. Donnerstag: Etat des Innern.

Berlin. (Priv.-Tel.) Wie „Reynolds Newspaper" erfahren haben will, beabsichtige Kaiser Wilhelm, im Laufe des kommenden Juli der Insel Wight einen Besuch abzustatten, und zwar gegen Ende des Monats. Die nötigen Vorbereitungen würden bereits getroffen. Hauptzweck des Besuchs sei, daß der Kaiser dem Internationalen Wettsegeln beiwohnen wolle, das um diese Zeit im Zusammenhange mit den Olympischen Spielen in London stattfindet, und an dem des Kaisers Jacht „Meteor" teilnehmen soll. Das Blatt fügt hinzu, daß der Kaiser wahrscheinlich nachher noch eine Woche in Cowes bleiben wird, um dort den Regatten beizuwohnen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Bearbeitung der neuen Felddienstordnung ist soweit vorgeschritten, daß ihre endgültige Genehmigung durch den Kaiser unmittelbar bevorsteht. Die Truppen dürften zu Beginn der Frühjahrsausbildungsperiode bereits im Besitze der umgearbeiteten Vorschrift sein.

Berlin. (Priv.-Tel.) In dem Disziplinarverfahren gegen den Regierungsrat Martin, das von der „Nordd. Allg. Ztg." Mitte Juli vorigen Jahres angekündigt wurde, ist auf den 7. Mai dieses Jahres Termin zur Hauptverhandlung vor dem Landgericht Potsdam angesetzt worden. Beweisaufnahme und Voruntersuchung sind bereits am 23. November vorigen Jahres geschlossen worden. Die Anklage umfaßt vier Punkte, nämlich: einen Brief an die „Germania", der in dieser abgedruckt wurde, zwei Artikel in der „Rhein.-Westf. Ztg.", die Aeußerungen über den Rücktritt des Grafen Posadowsky, wie sie Martin in seiner Erwiderung auf die Aufforderung seiner vorgesetzten Dienstbehörde, sich über seine Beziehungen zu den erwähnten Artikeln zu äußern, getan hat. Nach Lage der Dinge und insbesondere nach dem Inhalt der Anklageschrift wird das Verfahren zu interessanten Erörterungen über die Vorgeschichte des Rücktritts des früheren Staatssekretärs des Innern führen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der amerikanische Botschafter Mr. Charlemagne Tower hat gestern von Andrews Carnegie ein Schreiben erhalten, in dem dieser ihm mitteilt, daß er auch die zweieinhalbe Million Mark zur Ergänzung der für die Robert Koch-Stiftung erforderlichen Million beitragen wolle und die Verwendung dem Ermessen der Direktoren anheimstelle.

Berlin. (Priv.-Tel.) Vorm zweiten Strafsenat des Kammergerichts fand heute in der Revisionsinstanz die Verhandlung gegen den Obersten a. D. Gädke wegen unbefugter Führung des Oberstentitels statt. Oberst Gädke wurde, nachdem er viermal freigesprochen worden war, zuletzt von der Strafkammer des Landgerichts I wegen unbefugter Führung eines Titels zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte er Revision eingelegt. Der Generalstaatsanwalt Dr. Wachler beantragte Verwerfung der Revision.

Hamburg. Der in Boston (England) beheimatete Fischdampfer „Seal" ist in der Nordsee infolge Schaftbruches gesunken. Die aus 9 Mann bestehende Besatzung wurde, in Rettungsbooten treibend, von einem englischen Dampfer aufgefunden und heute in Hamburg gelandet.

Danzig. (Priv.-Tel.) Hier erschoß sich der Leutnant z. S. L. Die Ursache des Selbstmords bilden dienstliche Angelegenheiten.

Graudenz. (Priv.-Tel.) Die Maschinenfabrik A. Benzli, Aktiengesellschaft, hat sämtlichen Formern und Gießereiarbeitern, die sozialdemokratischen Gewerkschaftsverbänden angehören, gekündigt. Ferner hat sich die Verwaltung entschlossen, künftighin nur solche Arbeiter einzustellen, die keinem jener in sozialdemokratischem Sinne geleiteten Verbände angehören.

Oldenburg. (Priv.-Tel.) In der letzten Vollversammlung der Handelskammer für das Großherzogtum Oldenburg beklagte sich der den Verhandlungen beiwohnende Vertreter der Staatsregierung, Geh. Oberregierungsrat Dr. Driver, darüber, daß der oldenburgischen Staatsregierung die Vorlagen für den Bundesrat nicht einmal in ihren Grundzügen vorher bekannt gegeben werden, sondern daß sie vielmehr erst Kenntnis davon zu bekommen pflege, wenn der Bundesrat sie veröffentliche. Weder über die grundlegenden Fragen des Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, noch über die des Gesetzentwurfs betreffend die Errichtung der Arbeitskammern sei die oldenburgische Regierung vorher gehört worden. Das Staatsministerium habe in Beantwortung eines Schreibens des Reichskanzlers gefordert, daß ihm in allen Fällen vor Einbringung der Vorlagen Gelegenheit zu einer Aeußerung und Beibringung des erforderlichen Materials gegeben werde. Eine Antwort darauf habe das Staatsministerium aber bis jetzt nicht erhalten. Aus diesem Grunde sei es der Regierung nicht möglich gewesen, der Handelskammer rechtzeitig von den Gesetzentwürfen Kenntnis zu geben und sie zur Aeußerung zu ersuchen.

München. (Priv.-Tel.) Auf Veranlassung der Münchener Polizeidirektion ist, wie die „Post" meldet, sämtlichen Schulpflichtigen der Besuch von Nestroys Zauberposse „Lumpazivagabundus" verboten worden.

Breslau. Der „Schles. Ztg." zufolge sind im Riesengebirge gestern und heute bedeutende Schneemassen niedergegangen. Der Straßenbahnbetrieb ist sehr erschwert und die Telegraphen- und Telephonverbindungen sind teilweise unterbrochen.

Wien. Die österreichische Delegation hat den Antrag Latour-Schraffl, betreffend die Erhöhung der Offiziersgage und der Mannschaftslöhnung angenommen.

Budapest. Abgeordnetenhaus. Minister des Innern Graf Andrassy verteidigte den Antrag betreffend die Revision der Hausordnung und wies die Anschuldigung zurück, daß die Regierung die Redefreiheit beschränken wolle, um die Erhöhung des Rekrutenkontingents durchzupeitschen. Die Regierung werde namentlich Armeeforderungen ohne eine nationale Armeereform beantragen. Er bestreite, daß im Parlamente des allgemeinen Wahlrechts die Obstruktion ausgeschlossen und die Beschränkung der Redefreiheit daher überflüssig sei. Die Revision der Hausordnung habe keine Spitze, weder gegen die Sozialdemokratie, noch gegen die Nationalitäten. Sie bezwecke nur, dem Parlamente die Fähigkeit zu sichern, Beschlüsse zu fassen. Unter lebhaftem Beifall empfahl schließlich der Minister angelegentlich die Annahme des Revisionsantrages.

Prag. (Priv.-Tel.) Sämtliche Angestellte der hiesigen städtischen elektrischen Werke sind wegen Lohndifferenzen in den Ausstand getreten. Der Verkehr ruht völlig.

Prag. Bei den heutigen Stichwahlen der Landgemeindenkurie für den böhmischen Landtag wurde der Obmann des Tschechenklubs Kramarcz gewählt. Graf Sternberg ist unterlegen.

Rom. Die Blätter billigen die Verurteilung Nasis durch den Staatsgerichtshof und heben hervor, daß seit dem Bestehen des Reichs zum ersten Male ein Minister verurteilt wird. Den Blättern zufolge stimmten nur drei Senatoren gegen die Verurteilung Nasis. Dieser blieb heute zu Bett, da sein Arzt ein Zeugnis ausstellte, wonach der Gesundheitszustand Nasis nicht zulasse, daß er ins Gefängnis überführt würde. Lombardo wurde auf Anordnung des Präsidenten des Gerichtshofes heute früh aus der Haft entlassen.

Paris. Die Kammer nahm heute die Verhandlungen über die Einkommensteuer wieder auf. Artikel 1 hebt die vier direkten Steuern, vom Zeitpunkte der Veröffentlichung des Gesetzes an gerechnet, auf; Artikel 2 ersetzt sie durch eine allgemeine Einkommensteuer, vermehrt durch eine Zuschlagssteuer, die vom Einkommen des Familienoberhauptes erhoben wird. Aimond (Radikal) brachte dazu einen Abänderungsantrag ein, der die zwei Artikel verschmelzen will.

Paris. Das Amtsblatt veröffentlicht morgen die Ernennung des Admirals Touchard zum Botschafter in Petersburg, ebenso den Brief Pichons an Bombard, worin der Minister den früheren Botschafter das Bedauern ausdrückt, ihn von seinem Posten scheiden zu sehen und ihm ferner den Dank für die geleisteten Dienste ausspricht und seine Ernennung zum Großoffizier der Ehrenlegion bekannt gibt.

Paris. (Priv.-Tel.) Der bekannte französische Automobil-Rennfahrer Collomb, Sieger im Mont Ventoux-Salonberg Rennen, hat sich gestern erschossen. Collomb war in finanzielle Schwierigkeiten geraten.

Paris. (Priv.-Tel.) Der frühere deutsche Offizier Kramsta hat, wie jetzt bekannt wird, das Ausweisungsdekret erhalten, weil er angeblich mit verschiedenen Unteroffizieren verkehrte und wiederholt an sie Fragen über den Dienst und andere Militärangelegenheiten richtete. Ein bestimmter Vorwurf konnte ihm nicht gemacht werden. Immerhin hielt man die Bekanntschaft des deutschen Offiziers mit französischen Soldaten für verdächtig, und eine Ausweisung aus Gründen der öffentlichen Sicherheit für geboten.

Bern. (Priv.-Tel.) Auf Verlangen der russischen Gesandtschaft in Bern wurde der russische Student von Wasiliew in Genf verhaftet. Er ist der Ermordung eines russischen Polizeioffiziers in der russischen Stadt Penzau angeschuldigt. Rußland verlangt seine Auslieferung.

Lissabon. (Priv.-Tel.) Die bei der Pariser Gesellschaft Urbaine auf das Leben des ermordeten Königs Dom Carlos versicherte Summe von 1 100 000 Francs war bei der Bank von Portugal verpfändet. Der Betrag wurde gestern ausgezahlt. Diese Tatsache erregt Aufsehen, da das Versicherungsgeld zur Abtragung der Staatsvorschüsse, die Dom Carlos erhalten hatte, verwendet werden sollte.

London. König Eduard wird voraussichtlich nächsten Montag nach Biarritz abreisen und den Weg über Paris nehmen, wo er ein oder zwei Tage Aufenthalt zu nehmen gedenkt. Bezüglich der Reise der Königin ist noch nichts festgesetzt.

Sofia. (Priv.-Tel.) Die „Agence Bulgare" dementiert die von einigen Blättern verbreiteten Gerüchte von der Mobilisierung der bulgarischen Armee und Einberufung der in Rußland lebenden Reserveoffiziere.

(Nachts eingehende Depeschen siehe Seite 4.)

Rennbericht vom 25. Februar.

Rennen zu Kempton-Park. Ashford Hurdle Race. 1. „Le Roy II", 2. „Cripplegate", 3. „Roman Knight". Wetten 100 : 30, 6 : 4, 20 : 1. — Surrey and Middlesex Chase Handicap. 1. „Chessington", 2. „Red Cloth", 3. „Baron Crafton". Wetten 5 : 1, 5 : 2, 5 : 1. — Maiden Hurdle Race. 1. „Matrak", 2. „Gala", 3. „Blanche Marie". Wetten 6 : 4. — Littleton Handicap Hurdle Race. 1. „Savernake", 2. „Melanne", 3. „Crescent". Wetten 8 : 1, 100 : 30, 5 : 1. — Shepperton Chase Handicap. 1. „Cyniaue", 2. „Peter the Great". Wetten 8 : 1.

Hamburg, 25. Februar. (Priv.-Tel.) Eine erste hiesige Japanfirma erhielt von ihrem Vertreter in Japan auf Anfrage folgendes Kabeltelegramm: „Glauben Sie nicht, was Sie über eine ungünstige Lage der japanischen Finanzen hören. In Yokohama geht alles wie gewohnt seinen Gang, und die Nachrichten aus Kobe sind übertrieben. Es liegt kein Grund zur Beunruhigung vor.

Düsseldorf, 25. Februar. (Priv.-Tel.) Der Stahlwerksverband hat aus dem Reingewinn des Geschäftsjahres 1907/08 an seine Mitglieder einen Betrag von über 7 Mill. M. für die Lieferungen in der Zeit vom 1. April 1907 bis Ende Januar 1908 als weitere Abschlagszahlungen verteilt. Ungefähr dieselben Abschlagszahlungen waren an die Werke zu Anfang Januar verteilt worden.

Essen (Ruhr), 25. Februar. (Priv.-Tel.) Verschiedene Ruhrzechen beginnen infolge Absatzmangels mit Feierschichten. Die nächste Zechenbesitzerversammlung dürfte nicht nur eine weitere Einschränkung der Koksproduktion, sondern auch